

Rede zum Haushalt Landkreis 2024

Sitzung des Kreistags 04.03.2024

Vorsitzender der CSU-Kreistagsfraktion Björn Jungbauer, MdL

### **Es gilt das gesprochene Wort**

Sehr geehrter Herr Landrat,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
werte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

wie in den vergangenen Jahren auch, darf ich heute den Reigen der Haushaltsreden eröffnen und ich fange gleich mal mit dem Sparen an. Ich spare mir Zitate, Metaphern, lange Vorreden und auch das Papier für den Ausdruck meiner Ausführungen.

Die Haushaltsberatungen in diesem Jahr waren für mich etwas Besonderes. Besonders, weil ich und nicht nur ich manchmal den Eindruck hatte, dass es heuer eben nicht nur um den Haushalt 2024 des Landkreises Würzburg geht. Es ging und geht auch um andere Dinge, welche in die Beratungen hineingetragen wurden und werden. Es ist seit der Kreistagssitzung am 4. Dezember 2023 auch in der Öffentlichkeit bekannt, dass es einen Konflikt gibt. Einen Konflikt, der nicht nur auf unterschiedlichen Meinungen beruht. Der leider immer weitere Kreise zieht und der in vielen Teilen und in verschiedenen Ebenen nicht mehr auf einer Sachebene geführt wird. Eine Kommunikation, welche bisher bei Gesprächen, WhatsApp oder im Austausch erfolgte, findet nun über Emails, über die Presse oder andere Institutionen statt. Wir diskutieren leider allzu oft übereinander, als offen miteinander. Ein Miteinander welches ich die letzten 15 Jahre meiner Zugehörigkeit im Kreistag immer erlebt und geschätzt habe droht ernststen Schaden zu nehmen. Keiner hat diese Situation bewusst herbeigeführt, aber Sie ist da und es liegt an uns, was wir aus dieser machen.

Es wurden mir Dinge zugetragen, wo ich mir nicht hätte vorstellen können, dass diese in Richtung weniger Personen hier im Raum übereinander gesagt werden. Unter Kolleginnen und Kollegen, so wie wir uns immer gerne nennen. Ich habe nicht nur den Eindruck, sondern es ist klar, dass gerade im letzten Jahr auf vielen Ebenen nicht nur Vertrauen verloren gegangen ist.

Ich empfinde dies als äußerst ungut und weiß aus vielen Gesprächen, dass es vielen von euch genauso geht. Die Beteiligung an Entscheidungen und die Transparenz sind gerade in den letzten Wochen oft benutzte Worte. Wir alle wünschen uns Beteiligung und Transparenz. Mit diesen aber ist auch sehr rücksichtsvoll umzugehen, denn sonst schwindet Transparenz. Transparenz fußt auf Vertrauen. Wenn Vertrauen schwindet, wird Transparenz schwierig. Das miteinander war im Kreistag doch eigentlich immer von Vertrauen geprägt. Vertrauen in Aussagen, Vertrauen in Kompromisse, Vertrauen in das gute Miteinander. Trotz Vertrauens bedarf es selbstverständlich Kontrolle. Kontrolle ist Aufgabe von uns gewählten Kreisrätinnen und Kreisräten. Kontrolle unseres Handelns, unseres Landrats und der Verwaltung, aber auch unserer Unternehmen. Kontrolle ist ein schwieriger Balanceakt. Kontrolle erfordert ein Wollen und ein Können. Kontrolle ist dort notwendig, wo es ihr bedarf, aber nur in dem Umfang, wie Transparenz es erfordern oder Vertrauen diese ersetzen. Kontrolle hat nichts damit zu tun, dass man Dinge kontrollieren möchte in Form von Beeinflussung. Beteiligung, Transparenz und Kontrolle münden in die Darlegung von Fakten.

Fakten können unterschiedlich bewertet werden, das liegt in der Natur der Sache. Politik neigt dazu, Dinge unterschiedlich zu bewerten und das ist gut so. Lasst uns jedoch bitte nicht den Fehler machen Fakten zu Meinungen zu verdrehen und umgekehrt. Lasst uns bitte nicht den Fehler machen Fakten zu Fiktion zu verändern. Dort wo Fakten fehlen, können wir mutmaßen oder aber dazu beitragen, dass aus Spekulation Fakten werden. Der Umgang mit Fakten ist nicht einfach, aber es ist unsere Aufgabe, auch dafür sind wir gewählt. Der Umgang fällt leicht, wenn es ein gutes Miteinander gibt. Dieses ist wie schon erwähnt meinem Gefühl nach leider an mancher Stelle verloren gegangen. Auch ich persönlich und Mitglieder unserer Fraktion habe daran sicherlich Anteil. Doch nicht nur einer oder eine allein oder eine Fraktion ist schuld, wenn es darum geht herauszufinden, warum aus einer Meinungsverschiedenheit ein Konflikt wird.

Warum das alles? Hatte ich nicht davon gesprochen die Vorrede zu sparen? Nein, das war keine Vorrede. Das war ein mir sehr wichtiger Kern meiner heutigen Aussagen, die ich uns allen mit auf den Weg geben will. Es ist mir ein wichtiges Anliegen. Wir alle hier im Kreistag arbeiten ehrenamtlich und wollen unsere Amtspflichten gewissenhaft erfüllen. Das sollte uns allen Spaß und Freude bereiten, Konflikt macht keinen Spaß und sorgt nicht für Freude. Doch wer kann uns helfen, dass wir wieder mehr Freude und weniger Konflikt haben?

Die Lösung klingt profan und ist alles andere als einfach. Wir selber haben es mit einem guten Miteinander in der Hand. Lasst uns bitte nicht den Fehler machen als Gremium mit unterschiedlichen Ansätzen, politischen Vorstellungen und Zielen das Miteinander zu vergessen. Dieses wurde in der jüngeren Vergangenheit leider zu oft vergessen.

Wir haben alle Fehler gemacht. Lasst uns diese offen ansprechen, diese bestenfalls verstehen und eingestehen. Lasst uns damit arbeiten und daran arbeiten.

Ich wünsche mir, dass wir es wieder schaffen den gemeinsamen Pfad aufzunehmen. Ich kann versprechen, dass ich alles dafür tun werde, dass wir diesen Pfad wieder gemeinsam erreichen. Gemeinsam mit einem Ziel, das Lebensumfeld der Menschen in unserem Landkreis dort zu bewahren, wo es Wert ist und dort zu verbessern, wo es notwendig und möglich ist. Lasst uns dies bestenfalls einmütig, dort wo notwendig in einem harten Umgang in der Sache, aber in einem fairem Umgang mit den Personen. So wie wir dies all die Jahre vertrauensvoll miteinander bereits getan haben. Wie ich eingangs ausgeführt habe, ist der maßgebliche Teil eines guten und kooperativen Miteinanders das Vertrauen!

Nach meinem kurzen Ausflug in maßgebliche Elemente eines kooperativen Miteinanders beginne ich mit meinen kurzen Einschätzungen zum Haushalt.

Wir sind uns als Fraktion bezüglich der finanziellen Lage der Gemeinden völlig im Klaren und haben diesen Fakt immer im Fokus unserer Entscheidungen. Es wird für uns heute ein schwieriger Spagat zwischen Deckung des Finanzbedarfs beim Landkreis und Anhebung der Kreisumlage nur in der Höhe, wie notwendig und auch für die Gemeinden vertretbar.

Gerade der sehr starke Anstieg im Bereich der Ausgaben für die Jugendhilfe um mehr als sechs Millionen Euro im Vergleich zu 2022 zeigt, dass hier klarer und dringender Handlungsbedarf ist. Im Vergleich zum Vorjahr ist hier ein Anstieg von 1% der Kreisumlage „versteckt“. Es ist klar, dass dies auch Ergebnisse des gesellschaftlichen Wandels, aber auch eines immer engeren Netzes an Beratungs- und Hilfsangeboten ist. Trotzdem muss hier geprüft werden, ob Kosten eingespart werden können, ohne Hilfen zu verschlechtern. Wir haben daher den Antrag gestellt, die Ausgaben im Jugendhilfebereich genau zu analysieren und ein Konzept für die Zukunft zu erstellen.

Der Verlustausgleich (ohne Personalabrechnung und Reinigungskosten) beim Kommunalunternehmen betrug 2020 rund 3 Millionen Euro, im Jahr 2022 rund 6,1 Millionen Euro, in 2023 von rund 8,2 Millionen Euro und heuer sind 9,2 Millionen Euro im Haushalt vorgesehen. Auch hier ist im Vergleich zum letzten Haushalt ein Anstieg von rund 0,5% Punkte der Kreisumlage „versteckt“. Wir können schon heute absehen, dass im kommenden Jahr der Verlust noch höher ausfallen wird, dann im Wirtschaftsplan für 2024 des KUs ist der gesamte inklusive Reinigungskosten und Personalabrechnung mit 12,55 Millionen Euro veranschlagt.

Um es an dieser Stelle ganz klar und in der Öffentlichkeit auszusprechen. Uns als CSU-Kreistagsfraktion geht es bei der Befassung mit den Finanzen unseres Unternehmens nicht darum Schwarz zu malen. Wir konnten am Samstag in der Mainpost lesen, was wir alle, besonders die Verwaltungsräte tragen. Wir tragen eine maßgebliche Mitverantwortung für unser Unternehmen. Dieser gerecht zu werden ist unsere Aufgabe. Wir wurden von unserer Vorständin Frau von Vietinghoff-Scheel im Artikel gebeten die Schulden des Kommunalunternehmens differenziert zu betrachten. Dies haben wir schon immer getan und werden es auch zukünftig tun. Mir persönlich machen weniger die Schulden unseres Unternehmens Sorgen, denn es gibt sehr viele Sachwerte als Gegenwerte dazu im KU. Größere Sorge macht mir jedoch die Liquidität unseres Unternehmens. Unter TOP 2 der heutigen Sitzung wurden wir darüber informiert, dass es im Dezember 2023 notwendig war, bereits ein Viertel des diesjährigen Verlustausgleichs – in Summe 3 Millionen Euro zu Sicherung der Liquidität an unser Kommunalunternehmen zu überweisen. Nur dadurch war die Auszahlung der Gehälter an unsere 1200 Beschäftigte zum 01.01.2024 möglich! Aus den Liquiditätsplanungen die dem Verwaltungsrat vorgelegt wurden geht hervor, dass es auch heuer im Laufe des Jahres wieder zu solchen Ereignissen kommen könnte.

Warum erwähne ich das? Weil bei mir der Eindruck entsteht, dass sich dieser Sachlage nicht jeder bewusst ist. Es gehört zu unseren Aufgaben als Kreispolitik hier zu hinterfragen, wo die Gründe dafür liegen und was auch durch uns zu tun ist, dass es in Zukunft nicht wieder zur Sicherung der Liquidität kommen muss. Es gilt zu vermeiden, dass die Auszahlung der Löhne und Gehälter durch vorgezogene Zahlungen in unserem Wirtschaftsunternehmen gesichert werden müssen. Ich stelle diese Fakten völlig wertungsfrei fest und bitte dies als nichts anders als eine Tatsache anzusehen. Mit dieser müssen wir uns dringend beschäftigen. Der Landkreis wird dem Kommunalunternehmen als seine Tochter

wie in einer guten Familie immer dann und in dem Umfang zur Seite stehen, wo es notwendig ist. Daher muss sich auch niemand Sorgen um den Bestand des Unternehmens machen. Dieses erledigt in weiten Bereichen Pflichtaufgaben des Landkreises, welche wir als Mutter auch ohne die Tochter erledigen müssten und die uns auch ohne ein Kommunalunternehmen viel Geld kosten würden.

Die Auswirkungen des Defizits unserer Unternehmen auf die 52 Gemeinden im Landkreis machen es in unseren Augen aber erforderlich, noch mehr hierauf den Fokus zu legen. Wir haben daher beantragt, dass in künftigen Haushaltsberatungen auch zu den Wirtschaftsplänen und Jahresabschlüssen des Kommunalunternehmens informiert wird. Es ist selbstverständlich die ureigene Aufgabe des Verwaltungsrats sich hiermit zu befassen und Beschlüsse zu treffen. Wir sehen es jedoch als großen Vorteil an, wenn in diesem Kontext alle Kreisrätinnen und Kreisräte transparent und umfassend informiert sind. Zur Vorbereitung der Haushaltsberatungen haben wir von der Kreisverwaltung eine lange Liste an Kürzungsvorschlägen unterbreitet bekommen. Unser KU mit all seinen Unternehmen hat rund 130 Millionen Euro Umsatz bei den Erträgen. Beim Kreishaushalt, der knapp doppelt so hoch ist, beratschlagen wir heute noch sehr intensiv und umfassend über Kürzungen, damit kein rechnerischer Fehlbetrag übrig bleibt. Teilweise sehr kleinteilig, ob ein neuer Flyer aufgelegt oder ein Projekt fortgeführt wird. Wir sehen als Fraktion in Zukunft die Aufgabe darin, auch in unserem Unternehmen genau zu schauen, wo Möglichkeiten der Einsparungen vorhanden sind. Wenn es im Landratsamt aus Kostengründen nicht mehr möglich ist manche Dinge zu tun, dann sollte diese auch im Kommunalunternehmen der Fall sein. Für beide Bereiche gelten in unseren Augen die gleichen Maßstäbe hinsichtlich Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, aber auch bei der Umsetzung von Projekten.

Möglicherweise werden heute auf der Besuchertribüne einige Beschäftigte unseres Landratsamtes sitzen, so zumindest haben diese es im Vorfeld der Sitzung angekündigt. In den letzten Jahren haben diese die Haushaltssitzung nicht verfolgt, sie tun es heuer wie mir berichtet wurde aus Sorge. Die Personalkosten steigen in diesem Jahr vor allem wegen der hohen Tarifabschlüsse von 34 Millionen Euro in 2023 auf geplante 39,1 Millionen Euro, hier ist im Vergleich zum letzten Jahr ein Anstieg von rund 2,5% Kreisumlage „versteckt“.

Der hohe Anstieg ist in unseren Augen maßgeblich den Tarifabschlüssen geschuldet. Natürlich sind in den Mehrungen auch Kosten in einem

verhältnismäßig geringen Umfang für neue Stellen enthalten, einige davon sind über Förderungen gegenfinanziert und viele mit dem KW-Vermerk (künftig wegfallend) verbunden. Der Personalausschuss hat sich sehr intensiv mit dem Stellenplan befasst und 18 neue gewünschte Stellen der Verwaltung nicht befürwortet. Die Beschlüsse im Personalausschuss zum Stellenplan wurden nach sehr intensiven Beratungen einstimmig gefasst. Diese sind nun Grundlage der Haushaltsberatungen. Überrascht hat uns daher der Antrag von den Kolleginnen und Kollegen der Fraktion Bündnis90/Grünen zur pauschalen Deckelung der Personalausgaben auf 10%. Dies kommt in unseren Augen einer Kürzung von 2,5 Millionen Euro im Personalbereich gegenüber der Ansätze der Verwaltung gleich. Sollte der Antrag aufrechterhalten werden sind wir gespannt, in welchen Bereichen genau und wie die Antragsteller im Personalbereich Einsparungen vornehmen wollen. Klare Antworten erwartet wir uns auch von den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion im Hinblick deren Antrags zur Reduzierung des Personals in der Pressestelle um vier Planstellen.

Ein Abbau von Beschäftigten als Resultat beider Anträge wird es mit uns nicht geben. Wir brauchen in Zeiten von Personalknappheit und Fachkräftemangel keine Unruhe unter den Beschäftigten. Wir schlagen daher als Kompromiss vor, dass die Anträge der beiden Fraktionen in den Personalausschuss verwiesen werden. Die in meinen Augen sehr sachliche Behandlung des Stellenplans in jüngerer Vergangenheit dort hat gezeigt, dass dieses Gremium einer vom Kreistag noch zu definierende Aufgabenstellung sehr gut und sachorientiert nachkommen könnte.

Wer nun mitgezählt hat, ich komme allein bei diesen drei Punkten schon zu einer Steigerung der Kreisumlage bei den Ausgaben um 4% im Vergleich zum letzten Jahr. Ich erspare uns allen Vergleiche mit der Umlagensteigerung und Betrachtung der Bezirksumlage. Auch fiel es mir leicht einen Kontext zu den vielfältigen Leistungen des Freistaats herzustellen. Dabei würde ich auch nicht vergessen, dass die Krankenhausumlage für den Landkreis sehr stark angewachsen ist. Sollte dies der weitere Verlauf der Sitzung notwendig machen, so fühle ich mich hierzu gewappnet. Dies ist ausdrücklich keine Drohung, sondern ein Versprechen.

Mit neun aktiven Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie acht Ehemaligen haben wir die stärkste Verwurzelung aller Fraktion in die Rathausspitzen unserer 52 Landkreisgemeinden. Dieser Verantwortung sind wir uns gerade mit Blick auf die Kreisumlage bewusst. Eine Steigerung um 5,6% wird

es auch mit uns nicht geben. Im konsumtiven Bereich schlagen wir in der Streichliste Einsparungen von rund 690.000 Euro vor, im investiven Bereich rund 1,5 Millionen Euro. Die einzelnen Positionen wurden von uns allen Fraktionen mitgeteilt und sollten damit hinreichend bekannt sein. Angesichts von immer weiter steigenden Gastschulbeiträgen und auch einer absehbaren Raumnot am Gymnasium Veitshöchheim beantragen wir die Planungsmittel für eine Konzeptstudie auf 100.000 Euro zu verdoppeln. Unser einziger Antrag mit Mehrausgaben gegenüber dem Ansatz.

Es ist klar, dass die Kürzungen und Schiebungen alleine noch nicht zu einer Höhe der Kreisumlage führen werden, welche mehrheitsfähig ist. Bei all den Diskussionen sollten wir uns immer auch vor Augen führen, dass der Haushalt trotz der vom Landrat vorgeschlagenen Anhebung der Kreisumlage von 5,6% ein rechnerisches Minus von 6 Millionen Euro erwirtschaftet werden würde. Auch das Haushaltsjahr 2023 wurde mit einem negativen Ergebnis von 6 Millionen Euro abgeschlossen. Teilweise wird in meinen Augen aber immer noch der Eindruck aufrechterhalten, dass der Landkreis Überschüsse erwirtschaftet und den Gemeinden Geld entzieht. Dies ist jedoch nicht der Fall. Keine der im Kreistag vertretenen Fraktionen ist der Retter oder Rächer der Gemeinden, bzw. will diesen übermäßige Belastungen aufbürden. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein sehr hohes Gut. Wir müssen mit einer verantwortungsvollen Politik im Landkreis in unserem Wirkungskreis dafür Sorge tragen, dass Gemeinden auch die Chance haben, diese Selbstverwaltung ausüben zu können. Hier gilt es die Balance zu wahren und uns Ehrlich zu machen!

Wir werden daher selbstverständlich und kooperativ eine Anhebung der Kreisumlage in dem Maß mittragen, wie es für die Kommunen, aber auch für die zukünftigen Haushalte des Landkreises vertretbar ist. Wo wir dann am Ende landen, das werden wir im weiteren Verlauf der Sitzung noch sehen.

Angesichts der schon in Anspruch genommenen Redezeit verzichte ich es die vielen Dinge herauszustellen, die der mit Ausgaben von rund einer viertel Milliarde Euro umfassende Haushalt beinhaltet. Seien es die großen und kleinen Dinge im konsumtiven Bereich, aber auch die im investiven Bereich.

Mein Dank gilt der Verwaltung, insbesondere Frau Hümmer, Herrn Schebler, Herrn Umscheid und Herrn Dröse für die Vorbereitung und explizit der Durchführung unserer Haushaltsberatungen. Sie schaffen es immer wieder uns Dinge klarzumachen, welche wir vorher so noch nicht wussten. Danke heute

allen die mit ihren Sachvorträgen beitragen, dass das umfassende Zahlenwerk noch besser verstanden werden kann.

Klar war auch schon vorher für unsere Fraktion, dass die finanziellen Ressourcen in Zukunft noch deutlich limitierter sein werden und wir alle noch mehr definieren müssen, was wichtig ist und was Wunsch. Was sind Standards die wir halten wollen, die wir halten können oder von denen wir uns verabschieden werden müssen. Ich befürchte, hier kommt noch einiges an Arbeit und Verantwortung zu.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und freue mich, wenn ich spätestens im nächsten Jahr bei meiner Haushaltsrede davon berichten kann, dass die heute angesprochenen maßgeblichen Elemente des kooperativen Miteinanders von uns gemeinsam so beeinflusst wurden, dass es ein gutes Miteinander ist, welches wir gemeinsam pflegen. Die Chancen sind da, die Zeichen deuten in eine gute Richtung, packen wir es im Sinne der Gemeinsamkeiten in diesem Gremium an!